

Antrag

**der Abgeordneten David Stoop, Olga Fritzsche, Norbert Hackbusch,
Stephan Jersch, Metin Kaya, Sabine Boeddinghaus, Deniz Celik,
Dr. Carola Ensslen, Cansu Özdemir, Dr. Stephanie Rose, Heike Sudmann
und Insa Tietjen (DIE LINKE)**

Betr.: Auswirkungen der Inflation bekämpfen (XIII): Gute Arbeit unter Bedingungen aktueller Preissteigerungen sichern – tariflichen Mindestlohn auf ein armutsfestes Niveau anheben

Am 16.05.2018 hat die Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg den Senat ersucht, tarifliche Vereinbarungen zur Sicherung eines Mindestentgelts in Höhe von 12,00 Euro für Beschäftigte der Stadt und öffentlicher Unternehmen zu treffen. Hintergrund des Beschlusses war die Annahme, dass die Stadt einen armutsfesten Lohn zahlen solle. Dieser Grundsatz hat weiterhin Gültigkeit. Seit der Beschlussfassung hat sich allerdings die daraus abzuleitende Mindestentgeltsumme geändert. 12,00 Euro pro Stunde sind unter Bedingungen aktueller Preissteigerungen nicht existenzsichernd. Es ist deshalb geboten, dass die Stadt die Höhe tariflich festgeschriebener Mindestentgelte auf ein armutsfestes Niveau von 15,50 Euro anhebt. Eine solche Entgeltuntergrenze sollte darüber hinaus in allen Bereichen gelten, die im Einflussbereich der Stadt liegen, also auch in der öffentlichen Vergabe.

Die Bürgerschaft möge vor diesem Hintergrund beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. für alle Beschäftigten im Personalbestand der Freien und Hansestadt Hamburg sowie in Unternehmen mit öffentlicher Beteiligung im Einflussbereich der Stadt Hamburg mit den zuständigen Gewerkschaften tarifliche Regelungen über eine Mindestentgeltgrenze von 15,50 Euro zu vereinbaren,
2. Zuwendungsempfänger:innen auf Einhaltung der Mindestentgeltgrenze zu verpflichten und die Höhe der Zuwendungen so anzupassen, dass hieraus resultierende Mehrkosten abgedeckt sind,
3. einen Entwurf zur Änderung des Vergabegesetzes vorzulegen, der die Hamburger Lohnuntergrenze von 15,50 Euro berücksichtigt,
4. der Bürgerschaft bis 31. Dezember 2023 über den Stand der Umsetzung zu berichten, sowie laufend in den jährlichen Personalberichten.